

**Beschlüsse der
Bundeskonferenz 2017 der
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus
Wohnen. Leben. Würde.**

**vom 4. bis 5. Oktober 2017
in Wolfsburg**

Die Antragskommission tagte am 29. August 2017 von 11.00-16.00 Uhr im Willy-Brandt-Haus unter der Leitung von Jürgen Rischar zu den fristgerecht eingegangenen Anträgen für die AG SPD 60 plus Bundeskonferenz 2017 in Wolfsburg. Die Antragskommission legt hiermit ihre Beschlussempfehlungen vor.

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender der Antragskommission: Jürgen Rischar

Vorsitzende der AG SPD 60 plus: Angelika Graf

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Bayern	Kitty Weiß
Bezirk Nord-Niedersachsen	Jürgen Möller
Bezirk Hannover	Klaus Kaiser
LV Nordrhein-Westfalen	Ulrich Knab
LV Brandenburg	Frank Kupferschmidt
LV Rheinland-Pfalz	Hans Schäfer
LV Schleswig-Holstein	Hans-Peter Iversen
LV Baden-Württemberg	Marga Elser
LV Thüringen	Wolf-Dietrich Waack

Die Beschlussempfehlungen der Antragskommission findet Ihr bei jedem Antrag vermerkt.

Änderungsempfehlungen sind direkt in den Antragstexten ergänzt: Vorgeschlagene Streichungen finden sich als durchgestrichene Worte bzw. Text. Vorgeschlagene Ergänzungen finden sich fett und unterstrichen im jeweiligen Antragstext.

Inhaltsverzeichnis

ALTERSSICHERUNG UND RENTE	4
AR 01 Alterssicherung	5
AR 02 Anhebung der Grundsicherung.....	6
AR 03 Altersrente als Erwerbstätigenversicherung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
AR 04 Stärkung der umlagefinanzierten Rente.....	6
AR 05 Antrag Kurswechsel.....	7
AR 06 Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten	8
AR 07 Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten.....	8
AR 08 Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme der DDR.....	8
AR 09 Renten- und Altersversorgung	9
AR 10 Rente	9
AR 11 Reform der Altersrente.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
PFLEGE UND GESUNDHEIT	14
PG 01 Betriebliche Altersversorgung.....	15
PG 02 Gemischte Pflegearrangements	15
PG 03 Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation	15
PG 04 Igel-Leistungen	16
PG 05 Engpass bei Medikamenten	16
PG 06 Multiresistente Keime	16
PG 07 Pflegeberufegesetz.....	17
PG 08 Apotheken-Versandhandel	17
PG 09 Lehrstuhl für Altersmedizin.....	17
PG 10 Die Kranken- und Pflegeversicherung ist in ihrem gesamten Wirkungsbereich dringend zu diskutieren	17
GESELLSCHAFT	19
G 01 Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen	20
G 02 Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen	20
G 03 Verpflichtende Bildungsphase vor der Grundschule	20
G 04 Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der Bildungspolitik.....	21
G 05 Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite in Deutschland.....	21
G 06 Gewinnverwendung der Sparkassen.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.

G 07 Vorstandsgehälter in Sparkassen.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
G 08 Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen einzusetzen.	22
STEUERN UND FINANZEN	23
SF 01 Gleiche Besteuerung	24
SF 02 Kommunen und demographischer Wandel	24
SF 03 Öffentlicher Personennahverkehr	24
SF 04 Mehr soziale Gerechtigkeit.....	25
SF 05 Gerechtere Erbschaftsteuer.....	25
SF 06 Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung.....	25
SF 07 Kommission Vermögenssteuer.....	25
SF 08 Finanztransaktionssteuer auch als Vorreiter.....	26
SF 09 Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung	26
SF 10 Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau	27
SF 11 Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen wie z.B. im Dieselskandal.....	27
SF 12 Grundfreibetrag.....	28
EUROPA UND AUßENPOLITIK	29
EA 01 Resolution: Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit	30
EA 02 Resolution: Waffenlieferungen.....	32
EA 03 Resolution: In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich handeln.....	33
EA 04 Resolution: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?	35
EA 05 Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland.....	35
WOHNEN	36
W 01 Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren	37
W 02 Bezahlbarer Wohnraum.....	37
ORGANISATION	38
O 01 Prüfauftrag an den neuen Bundesvorstand AG 60 plus	39
O 02 Altern in Würde	39
RESOLUTIONEN	40
Resolution: Altersgerecht Leben	41
Resolution: Rente muss zum Leben reichen	50
Resolution: Forderungen zu einem solidarischen und gerechtem Generationenprojekt.....	51

ALTERSSICHERUNG UND RENTE

5 AR 01 Alterssicherung

6

7 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg**

8

9 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

10 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

11

12 Die SPD muss in der Rentenpolitik dafür sorgen,

13

14 • dass das Nettorentenniveau in absehbarer Zeit wieder auf über 50 % angehoben wird.

15

16 • dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge wird.

17

18 • dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen
19 belastet wird.

20

21 • dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf. Die Lösung liegt
22 nicht in längerem Arbeiten, um der Altersarmut zu entgehen.

23

24 **Altersvorsorge**

25

26 Die SPD muss dafür sorgen,

27

28 • dass private Zuzahlungen zur Aufstockung des eigenen Rentenniveaus ausschließlich
29 an die gesetzliche Rentenversicherung zu erfolgen haben.

30

31 • dass die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einzahlung aller
32 Arbeitnehmer, Selbstständigen und Beamten erfolgen soll
33 (Erwerbstätigenversicherung). Ebenso sollen Einkünfte aus Vermietung und
34 Verpachtung sowie Kapitalvermögen zur Beitragsberechnung in der
35 Rentenversicherung herangezogen werden.

36

37 • dass die Rentenversicherungsbeiträge wieder paritätisch finanziert werden.
38 Selbstständige zahlen ihre Beiträge analog zur geplanten Bürgerversicherung.

39

40 • dass die Beitragsbemessungsgrenzen entfallen sollen.

41

42 **Mütterrente**

43

44 Die SPD muss dafür sorgen,

45

46 • dass die Mütterrente unangetastet bleibt und dadurch kein Abzug an der
47 Witwenrente vorgenommen wird.

- 48 • dass die Finanzierung der Mütterrente ausschließlich aus Steuermitteln erfolgt und
49 nicht mehr zu Lasten der Beitragszahler.

50

51 **Witwen/Witwerrente**

52

53 Die SPD muss dafür sorgen,

54

- 55 • dass keinerlei Anrechnung aus geringfügig entlohnter Tätigkeit (Minijobs bis aktuell
56 450 € pro Monat) auf Witwenrenten vorgenommen wird.

57

58

59 **AR 02 Anhebung der Grundsicherung**

60

61 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg**

62

63 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

64 **Beschluss: Angenommen** in der Fassung der Antragskommission

65

66 Anhebung der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (SGB XII, Viertes
67 Kapitel) um 25 % (von derzeit 409 EURO Haushaltsvorstand bzw bei Ehepartnern 368
68 EURO).

69

70 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für die
71 Anhebung der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (SGB XII, Viertes
72 Kapitel) um monatlich 25€ einzusetzen.

73

74

75 **AR 04 Stärkung der umlagefinanzierten Rente**

76

77 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesorganisation Hamburg**

78

79 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

80 **Beschluss: Angenommen** in der Fassung der Antragskommission

81

82 Die AG SPD 60 plus fordert eine Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Sie muss
83 armutsfest gestaltet werden, d.h. niemand, der sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter in
84 Armut fallen. Mit diesem Ziel sind Korrekturen des Altersvermögensgesetzes (AvmG) von 2001,
85 des Altersvermögensergänzungsgesetzes (AvmEG)) und des Gesetzes zur Sicherung der
86 nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (2004)
87 anzustreben. Im Einzelnen:

88

- 89 • Das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung muss stabilisiert und wieder gestärkt
90 werden.
91 • Das Rentenniveau wird auf das Ausgangsniveau von über 50% angehoben.
92 • Die gesetzliche Rente wird für alle Berufsgruppen geöffnet.
93 • Freiwillige Zusatzbeiträge (Überobligatorium) werden ermöglicht.
94 • Die Bemessungsgrenzen sind deutlich über das bisherige Maß anzuheben.
95 • Die gesetzliche Rentenversicherung wird von jeglichen rentenfremden Leistungen entlastet.
96 • Die Mütter-Rente, die Hinterbliebenen-Rente und die abschlagsfreie Rente mit 63 werden
97 über Steuermittel finanziert.

98
99

100 AR 05 Antrag Kurswechsel

101

102 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Kreisverband Gütersloh**

103

104 **EmpfängerInnen:** Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

105 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

106

107 „Für eine lebensstandardsichernde Rente“, damit Alle im Alter eine gerechte Chance
108 bekommen.

109

110 Wir unterstützen den Kurswechsel in der SPD hin zu einer Rückkehr einer stabilen Rente.
111 Wir unterstützen die entschlossene Bekämpfung der Altersarmut. Die Altersarmut ist
112 überwiegend weiblich und wird in den kommenden Jahren ansteigen. Wir erwarten daher von
113 der Bundes-SPD, dass sie sich effektiv und nachhaltig für die Bekämpfung der Altersarmut
114 einsetzt. Dies erfordert einen Maßnahmenkatalog, der die Entstehung von Altersarmut
115 frühzeitig verhindert und bereits eingetretene Lücken ausgleicht und Beitragsleistungen von
116 Geringverdienenden honoriert. Dazu gehört die Förderung regulärer Beschäftigung, die
117 Einbeziehung der Selbstständigen in die Rentenversicherung, bessere Leistungen bei
118 Kindererziehung und Pflege, die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus und die
119 Einführung von Rentenfreibeträgen in der Grundsicherung.

120

121 Die Zwangsverrentung der Alg-II Beziehenden muss endlich ein Ende haben. Obwohl es einige
122 Verbesserungen gegeben hat, sind die Alg-II Bezieher immer noch grundsätzlich verpflichtet,
123 mit 63 Jahren eine vorzeitige Altersrente zu beantragen. Dies wirkt sich für die Betroffenen
124 mehr als nachteilig aus, da sie damit lebenslange Abschläge in der Rente in Kauf nehmen
125 müssen. Das Instrument der Zwangsverrentung ist ersatzlos aus dem Gesetz zu streichen.

126

127 Die Alg-II Bezieher brauchen eine bessere rentenrechtliche Absicherung. Seit 2011 werden für
128 Alg-II beziehende keine Rentenbeiträge mehr entrichtet. Durch die dadurch niedriger
129 gewordenen Rentenansprüche sind die Betroffenen einer erhöhten Gefahr der Altersarmut
130 ausgesetzt. Die Alg-II Bezieher müssen wieder rentenrechtlich abgesichert werden.

131

132 **AR 06 Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten**

133

134 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

135

136 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundestagsfraktion

137 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

138

139 Die AG 60 plus unterstützt das SPD-Rentenkonzept für die nächsten Jahre als einen ersten
140 richtigen und wichtigen Schritt.

141

142 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass für die Bezieher
143 von Betriebsrenten die volle Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung wegfällt und
144 wie bei der gesetzlichen Rente nur der Arbeitnehmeranteil zu entrichten ist. Abweichend zum
145 Parteitagsbeschluss fordern wir dazu auf, den Zeitpunkt des Wegfalls nicht erst ab 2030 zu
146 setzen, sondern hier einen erheblich früheren Zeitpunkt zu realisieren.

147

148

149 **AR 07 Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten**

150

151 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Nordrhein-Westfalen**

152

153 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag

154 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

155

156 Die AG 60 plus fordert bei der angekündigten Erarbeitung von angemessenen Lösungen für ein
157 neues Altersversorgungs-/Generationengerechtigkeits-Konzept für eine angemessene
158 Berücksichtigung von Ausbildungs- und Pflegezeiten zu sorgen.

159

160

161 **AR 08 Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme
162 der DDR**

163

164 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Sachsen-Anhalt**

165

166 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

167 **Beschluss:** Als Material an die SPD-Bundestagsfraktion

168

169 „Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert dafür zu
170 sorgen, dass noch immer bestehende Ungerechtigkeiten, ja Unrecht, bei den mit dem
171 Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungs-gesetz (AAÜG) vom 25.7.1991
172 Zusatzversorgungssystemen der DDR und weiteren Altersversorgungen für Betriebe und

173 Berufsgruppen in das Bundesrecht in einem wirklichen Rentenüberleitungsgesetz beseitigt und
174 abschließend korrekt geregelt werden.“

175
176

177 AR 09 Renten- und Altersversorgung

178

179 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

180

181 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

182 **Beschluss:** Annahme

183

184 Die Renten- und Altersversorgung muss neu geregelt und gerecht für alle Rentner erneuert
185 werden! Gleichzeitig müssen die Arbeitsmarktregeln überprüft und gegebenenfalls auch für
186 den Arbeitnehmer gerecht umgebaut werden, denn die Arbeitsplätze haben sich durch neue
187 und globale Arbeitsbedingungen teilweise grundlegend geändert.

188

189

190 AR 10 Rente

191

192 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

193

194 **Beschluss:** Annahme des Antrags Resolution

195

196 **Wir fordern,** dass die gesetzliche Rentenversicherung als Standardversicherung und als
197 tragende Säule der Alterssicherung erhalten bleibt und gefördert wird.

198

199 **Wir fordern,** dass die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und
200 Rentenversicherung durch Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen uneingeschränkt
201 wiederhergestellt wird.

202

203 **Wir fordern,** dass eine Bürgerversicherung in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung
204 aufgenommen wird, in die alle Erwerbstätigen einzahlen.

205

206 **Wir fordern,** dass auch Abgeordnete oder Zeitbeamte entsprechend ihrer Einkünfte in die
207 gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und Ansprüche nach Entgeltpunkten erwerben.

208 **Wir fordern,** dass auch bei Erträgen aus Finanzgeschäften künftig in die gesetzliche
209 Rentenversicherung eingezahlt werden muss.

210 **Wir fordern,** dass auch für Beamte vom Bund und den Ländern in die gesetzliche
211 Rentenversicherung eingezahlt wird, wobei den Beamten bei der Netto-Besoldung keine
212 Nachteile entstehen dürfen. Übergangsregelungen müssen sozial verträglich sein. Ein hoher
213 Bestandsschutz muss gewährleistet sein.

214

215 **Wir fordern**, dass die Kürzungen in der Rentenformel rückgängig gemacht werden.

216

217 **Wir fordern**, dass Pensionen und Renten sich nicht unterschiedlich entwickeln. Das
218 Rentenniveau muss dem der Pensionen entsprechen und wieder auf über 50% erhöht werden.

219

220 **Wir fordern**, dass keine Steuergelder für die „Riesterrente“ oder andere Formen ausgegeben
221 werden. Zu allen Zeiten haben Besserverdienende individuell für ihr Alter vorgesorgt. Eine
222 besondere Förderung ist da nicht nötig.

223

224 **Wir fordern**, dass das Renteneintrittsalter flexibel gestaltet wird. Wer je nach persönlicher und
225 beruflicher Belastung mit 60 aufhören möchte, sollte dies ohne Abschläge tun können. Wer
226 länger als 65 Jahre arbeiten möchte und kann, sollte ab vollendeten 65. Lebensjahr Zuschläge
227 bekommen und Entgeltpunkte sammeln.

228

229 **Wir fordern**, dass parallel zum SGB VI das SGB II gründlich überarbeitet wird. Auch beim ALG II
230 müssen wieder Mindestbeiträge in die Rentenversicherung eingezahlt werden.

231

232 **Wir fordern**, dass niemand zwangsverrentet wird, wenn er Abschläge hinnehmen muss.

233

234 **Wir fordern**, dass die unterschiedlichen Einkommen zwischen Männern und Frauen, zwischen
235 Ost und West, ausgeglichen werden und das System verändert wird. Der Rentenanspruch darf
236 sich nicht nur aus der eigenen Leistungsfähigkeit bis zum Renteneintritt ergeben.

237

238 **Wir fordern**, dass der Begriff „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ geändert
239 wird in Mindestrente. Diese Mindestrente oder auch evtl. ein Mindestgrundeinkommen sollte
240 dem nicht pfändbaren Einkommen entsprechen.

241

242 **Wir fordern**, dass der Artikel 14 (2) GG (Eigentum verpflichtet) erstmalig nach fast genau 67
243 Jahren Grundgesetz mit Leben erfüllt wird, und dass durch eine geeignete Steuerreform der
244 Steuervermeidung, der Umgehung und Hinterziehung ein Riegel vorgeschoben wird, dass die
245 Kapitalgesellschaften, die Industrie, für Gewinne, die sie bei uns erwirtschaften, angemessene
246 Beträge in unser Steuersystem und in die Sozialsysteme zur Absicherung der Menschen leisten,
247 die ihre Gewinne erst möglich machen und für die Menschen, die sich aus eigener Kraft nicht
248 helfen können.

249

250

251 **AR 12 Umbau des deutschen Rentensystems**

252

253 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Rheinland-Pfalz**

254

255 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag**

256 **Beschluss: Angenommen in der Fassung der Antragskommission**

257 **Für eine solidarische Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert!**

258

259 Immer mehr Menschen droht die Altersarmut. Selbst Durchschnittsverdiener müssen mit einer
260 Mager-Rente rechnen. Schuld ist eine verfehlte Rentenpolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es,
261 ein gutes Leben im Alter zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.
262 Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer
263 solidarischen Alterssicherung.

264 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

265 **1. Die gesetzliche Rente muss die alleinige Säule der Alterssicherung sein**

266 Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der
267 Lebensstandard-sicherung wieder ausschließlich durch das gesetzliche Rentensystem erreicht
268 und damit die strukturelle Armut vermieden wird.

269 Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch
270 der Vertrauensschutz gelten.

271 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
272 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt bleiben.

273 Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht
274 werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern
275 organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden.

276 **2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen**

277 Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und
278 Einkommensarten zu erfolgen, d.h. Beitragszahler und Rentenempfänger sind neben
279 Arbeitnehmern auch Beamte, Freiberufler, Selbstständige, Mandatsträger. Auch Vermögende
280 und deren Kapitalerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden.
281 Im neuen Rentensystem werden alle bisher bestehenden Alterssicherungssysteme
282 zusammengeführt.

283 Bei der Umstellung auf das neue Rentensystem müssen insbesondere für Beamten und
284 berufsständige Versorgungseinrichtungen angemessene Übergangsregelungen getroffen
285 werden.

286 **3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren**

287 • Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und
288 Arbeitnehmeranteil ist wiederherzustellen.

289 • Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungspflicht bei Mini-
290 Jobs ist zu streichen

291 • Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu berücksichtigen und von der
292 Arbeitslosenversicherung zu entrichten.

293 • Die Beitragsbemessungsgrenze muss entfallen und die Höhe der Rentenbezüge muss zu
294 Gunsten der Gesamtfinanzierung des neuen Rentensystems nach oben begrenzt werden.

- 295 • Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve.
296 Die Sicherung der Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu
297 gewährleisten.
- 298 • Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter Kosten-
299 anstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung
300 erfolgen.

301 **4. Das Niveau der gesetzlichen Rente anheben.**

302 Das Rentenniveau der gesetzlichen Rente muss schrittweise wieder angehoben werden, um
303 einen angemessenen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.

304 Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. Zeitnah muss in einem zweiten
305 Schritt eine deutliche Anhebung erfolgen.

306 Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte folgen.
307 Der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel muss ersatzlos gestrichen
308 werden.

309 **5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen**

310 Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich höher
311 sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).

312 **6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70**

313 Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.

314 **7. Die Reform der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden**

315 Renten wegen voller Erwerbsminderung sind künftig in jedem Falle wieder ohne Abschläge zu
316 gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renten-
317 eintrittsalter des Versicherten sein.

318 **8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten**

- 319 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die
320 erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem
321 Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit Vollzeit gearbeitet.
- 322 • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten.

323

324 **9. Definition, Überprüfung, Finanzierung und Transparenz für versicherungsfremde Leistungen** 325 **bei der gesetzlichen Rentenversicherung**

326

327

- 328 1. Definition
329 Vom Deutschen Bundestag ist ein Gesetz zu verabschieden, mit dem
330 „Versicherungsfremde Leistungen für die gesetzliche Rentenversicherung“ klar
331 definiert sind. Beispiele hierfür sind „Wiedervereinigung“, „Ost-West-Angleich der
332 Renten“, „Mütterrente“.
333
- 334 2. Überprüfung
335 Alle bisherigen und zukünftigen Gesetze, die die gesetzliche Rentenversicherung
336 betreffen, sind nach der Definition (siehe Punkt 1) zu überprüfen, ob und in welchem
337 Umfang versicherungsfremde Leistungen enthalten sind.
338
- 339 3. Finanzierung
340 Sämtliche versicherungsfremde Leistungen sind künftig nicht mehr aus der
341 Rentenkasse, sondern aus Steuermitteln zu tragen.
342
- 343 4. Transparenz
344 Das Bundesfinanzministerium berichtet jährlich über Kosten und Zuschüsse bezüglich
345 der „Versicherungsfremden Leistungen“ an die Rentenkasse (siehe Punkt 3).
346 Es ist im Sinne von Transparenz, diese Trennung vorzunehmen. Auch für künftige
347 Festlegungen bei der Beitragshöhe für die Rentenkasse muss hier Klarheit herrschen.
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

PFLEGE UND GESUNDHEIT

384

385

386

387

388

389

390

391

392 **PG 01 Betriebliche Altersversorgung**

393

394 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg**

395

396 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

397 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

398

399 Für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebsrenten und
400 anderen Versorgungsbezügen (u.a. Direktversicherungen) muss die im Gesetz zur
401 Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) beschlossene gesamte
402 Beitragspflicht (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Anteil) für alle Betroffenen für den
403 Arbeitgeberanteil rückgängig gemacht werden.

404

405

406 **PG 02 Gemischte Pflegearrangements**

407

408 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Brandenburg**

409

410 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

411 **Beschluss:** Angenommen

412

413 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass häusliche Pflege in
414 „gemischten Pflegearrangements“ systematisch gefördert wird. In deren Rahmen müssen
415 familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige und professionelle Hilfe ineinandergreifen.
416 weil sich die Pflege auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung immer weniger auf
417 Familienangehörige stützen kann.

418

419

420 **PG 03 Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer
421 Rehabilitation**

422

423 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hannover**

424

425 **EmpfängerInnen:** AG 60 plus Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

426 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

427

428 Die gesetzliche Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die Rehabilitation werden in
429 der geplanten Bürgerversicherung ammengeführt.

430

431

432

433 **PG 04 Igel-Leistungen**

434

435 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

436

437 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

438 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

439

440 Wir fordern Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die
441 bisherigen Igel-Leistungen, die dem Patienten nutzen, von der Krankenkasse übernommen
442 werden. Dabei haben die Krankenkassen eine Aufklärungs- und Informationspflicht.

443

444 **PG 05 Engpass bei Medikamenten**

445

446 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

447

448 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

449 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

450

451 Um den Engpass bei Medikamenten und viel genutzten Antibiotika zu beenden, fordern wir
452 eine nationale Initiative zur ausreichenden Bevorratung. Wir unterstützen den Antrag der SPD
453 im Deutschen Bundestag „Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken“
454 und erwarten dessen Umsetzung.

455

456 Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen stärker als bisher in Forschung und
457 Entwicklung von Medikamenten gegen Infektionskrankheiten tätig werden.

458

459

460 **PG 06 Multiresistente Keime**

461

462 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

463

464 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

465 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

466

467 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Mittel für die
468 Bekämpfung der multiresistenten Keime bereitgestellt werden. Zu empfehlen wäre ein
469 bundesweites Register, um Schwerpunkte zu lokalisieren und um gezielt vorgehen zu können.

470

471

472

473

474 **PG 07 Pflegeberufegesetz**

475

476 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

477

478 **EmpfängerIn:** 60 plus Bundesvorstand

479 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

480

481

482 **PG 08 Apotheken-Versandhandel**

483

484 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

485

486 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

487 **Beschluss:** Angenommen

488

489 Die SPD AG 60 plus lehnt den Vorstoß des Gesundheitsministers Hermann Gröhe (CDU) zum
490 Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneien ab.

491

492

493 **PG 09 Lehrstuhl für Altersmedizin**

494

495 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

496

497 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktionen, SPD-Bundesparteitag

498 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Bundeskonferenz

499

500 In allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland muss ein „Lehrstuhl für
501 Altersmedizin“ eingerichtet werden und in der Medizin- und Pflegeausbildung muss die
502 Altersmedizin als prüfungsrelevanter Inhalt aufgenommen werden.

503

504

505 **PG 10 Die Kranken- und Pflegeversicherung ist in ihrem gesamten
506 Wirkungsbereich dringend zu diskutieren**

507

508 **AntragstellerIn: AG SPD 60 plus Bezirk Weser-Ems**

509

510 **EmpfängerInnen:** Als Material an die Arbeitsgruppe im 60 plus Bundesvorstand

511 **Beschluss:** Angenommen

512

513 Nachfolgende Leistungen müssen erbracht und solidarisch finanziert werden

514 - eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern, Allgemeinen und Fachärzten

515 einschl. einer mindestens ausreichenden Notfallversorgung bei Krankheit und Unfall,

- 516 - Abbau der Hemmnisse bei der Geburtshilfe,
- 517 - Beseitigung der ungleichen Behandlung von Privat- und Kassenpatienten,
- 518 - Abbau des Bürokratie-Überhangs im Krankenkassenbereich,
- 519 - eine Reform des gesamten Pflegewesens (Privatisierung, Pflegepauschalen,
- 520 Tarifungebundenheit) hin zu einer menschenwürdigen Versorgung aller Sorge-, Hilfe-
- 521 oder auch Pflegebedürftigen.

522

523

524

525

526

527

528

529

530

531

532

533

534

535

536

537

538

539

540

541

542

543

544

545

546

547

548

549

550

551

552

553

554

555

556

557

558

559
560
561
562
563
564
565
566
567
568

GESELLSCHAFT

569
570
571
572
573
574
575
576

577 **G 01 Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen**

578

579 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Nord**

580

581 **EmpfängerIn:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

582 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

583

584 Die betrügerischen Manipulationen der Autoindustrie haben aufgezeigt, dass eine Ahndung
585 dieser kriminellen Machenschaften durch immer höhere Bußgelder nach den Bestimmungen
586 für Ordnungswidrigkeiten nicht ausreicht. Leidtragende sind Arbeitnehmer, Verbraucher und
587 Aktionäre, nicht aber die persönlich Verantwortlichen der Konzerne.

588

589 Die AG SPD 60 plus fordert daher den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf,
590 sicherzustellen, dass betrügerische Manipulationen und Kartellverstöße als Straftatbestand ins
591 Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Dies ist in anderen Ländern bereits üblich.

592

593

594 **G 02 Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen**

595

596 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

597

598 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag

599 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

600

601 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge zu stoppen.
602 Afghanistan ist derzeit kein sicheres Herkunftsland. (Einige Bundesländer wie Rheinland-Pfalz,
603 Niedersachsen, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein weigern sich abzuschieben).

604

605

606 **G 03 Verpflichtender Besuch einer Bildungseinrichtung vor der Schule**

607

608 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

609

610 **EmpfängerIn:** SPD-Bundesparteitag

611 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

612

613 Die AG 60 plus fordert die SPD auf, sich für die Einführung des verpflichtenden Besuches einer
614 Bildungseinrichtung vor dem Eintritt in die Grundschule einzusetzen. Dabei sind bundesweit
615 einheitliche Standards zu vereinbaren. Hierbei muss die Forderung nach Gebührenfreiheit, die
616 bessere Ausbildung und Bezahlung des pädagogischen Personals und die finanzielle Entlastung
617 der Kommunen beibehalten werden. Dazu sind die entsprechenden personellen und
618 finanziellen Ressourcen durch den Bund bereitzustellen.

619 Sinnvolle Bildungsarbeit gerade bei den Kleinsten bewirkt exponentielle Fortschritte bei der
620 Schaffung von Lebenschancen.

621

622

623 G 04 Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der 624 Bildungspolitik

625

626 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesvorstand Sachsen-Anhalt**

627

628 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktionen

629 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

630

631 Die SPD-Parteivorstände und -Fraktionen auf Landes- und Bundesebene werden
632 aufgefordert, sich weiter für eine stärkere Vereinheitlichung der Bildungspolitik innerhalb
633 Deutschlands einzusetzen. Tägliche Negativerfahrungen wie die insbesondere von jungen
634 Familien immer wieder beklagten erheblichen Umstellungsschwierigkeiten im Schulwesen bei
635 Umzügen über die Ländergrenzen hinweg sind letztlich nur durch verstärkte bundespolitische
636 Kompetenzen zumindest im Blick auf die Rahmengesetzgebung im Schul- und Kulturbereich in
637 den Griff zu
638 bekommen. Ähnliches gilt auf Hochschulebene für oft nicht nachvollziehbare
639 Länderdifferenzen bei Studien- und Prüfungsregelungen.

640

641

642 G 05 Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite 643 in Deutschland

644

645 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Sachsen-Anhalt**

646

647 **EmpfängerIn:** SPD-Bundesparteitag

648 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

649

650 Auf Grund der in großer Zahl belegten Beispiele von Bespitzelungen wie zum Beispiel
651 angeblicher Gegner des türkischen Präsidenten Erdogan auf deutschem Boden werden der
652 SPD-Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion aufgefordert, sich nachdrücklich für eine
653 konsequente Untersuchung und Strafverfolgung solcher Aktionen einzusetzen.

654

655

656

657

658

659 G 08 Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen
660 einzusetzen.

661

662 **AntragstellerIn: AG SPD-Bezirk 60 plus Weser-Ems**

663

664 **EmpfängerIn: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag**

665 **Beschluss: Angenommen in der Fassung der Antragskommission**

666

667 Die AG 60 plus lehnt eine Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge ab. Dazu gehören:

668 - Wasser und Luft

669 - Verkehrsinfrastruktur

670 - Kommunikationsinfrastruktur

671 - Energie

672

673 Die Rückführung bereits privatisierter Bereiche ist anzustreben.

674 Zur Daseinsvorsorge zählen auch die Bereiche Wohnen und Teilhabe am gesellschaftlichen
675 Leben. Insbesondere im Alter, aber auch bei Krankheit, für Alleinstehende und sonstige in
676 besonderer Weise belastete Menschen stehen wir ein für

677 - unbedingt menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen auch für kleinere
678 Einkommen,

679 - eine verstärkte Förderung von an die demografische Entwicklung angepassten neuen
680 Wohnformen,

681 - die Verbesserung der infrastrukturellen Versorgung der Menschen mit besonderem
682 Schwerpunkt auf der Beseitigung von Defiziten in den ländlichen Räumen.

683

684

685

686

687

688

689

690

691

692

693

694

695

696

697

698

699

700

701
702
703
704
705
706
707
708
709
710

STEUERN UND FINANZEN

711
712
713
714
715
716
717
718

719 **SF 01 Gleiche Besteuerung**

720

721 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Berlin**

722

723 **EmpfängerIn:** SPD-Bundesparteitag

724 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

725

726 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

727

728 Einkünfte aus Kapitalvermögen sind gleich wie alle anderen Einkünfte zu besteuern.

729

730

731 **SF 02 Kommunen und demographischer Wandel**

732

733 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Brandenburg**

734

735 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

736 **Beschluss:** Angenommen

737

738 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Kommunen
739 bei Bedarf zusätzlich unterstützt werden können bei der Bewältigung der durch den
740 demographischen Wandel ihnen zuwachsenden Aufgaben. In diesem Zusammenhang ist auch
741 zu prüfen, ob die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ und
742 deren Verankerung im Grundgesetzgesetz sinnvoll ist.

743

744

745 **SF 03 Öffentlicher Personennahverkehr**

746

747 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Brandenburg**

748

749 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

750 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

751

752 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu untersuchen, wie der ÖPNV zukünftig
753 finanziert und von Bundesebene besser unterstützt werden muss, um bundesweit im
754 ländlichen Raum ein ausreichendes Angebot sicherzustellen.

755

756

757

758

759

760

761 **SF 04 Mehr soziale Gerechtigkeit**

762

763 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Kreisverband Gütersloh**

764

765 **EmpfängerInnen:** 60 plus Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

766 **Beschluss:** Angenommen

767

768 Wir fordern die Stärkung des Sozialstaates auch durch mehr Solidarität der Reichen in unserem
769 Lande.

770

771

772 **SF 05 Gerechtere Erbschaftsteuer**

773

774 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

775

776 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundesparteitag

777 **Beschluss:** Angenommen

778

779 Bei der angekündigten Erarbeitung einer Erbschaftsteuerreform fordert die AG 60 plus gleiches
780 Recht für alle Erbschaften.

781 Bei nachgewiesenen Gefährdungsrisiken infolge betrieblicher Erbschaftssteuerlasten sind
782 geeignete Zeitverlaufs- und Relationsbedingungen vorzusehen.

783

784

785 **SF 06 Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung**

786

787 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

788

789 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundesparteitag

790 **Beschluss:** Angenommen

791

792 Angesichts der umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten Hochvermögender ist die jetzige
793 Mehrfachnutzungsmöglichkeit von Freibeträgen bei Schenkungen und Erbschaft auf ein
794 einziges Mal zu beschränken.

795

796

797 **SF 07 Kommission Vermögenssteuer**

798

799 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

800

801 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundesparteitag

802 **Beschluss:** Angenommen

803 Die auf dem Wahlprogramm-Parteitag beschlossene "Kommission Vermögenssteuer" wird
804 beauftragt, antragfähige Lösungen zur Einbeziehung aller Netto-Vermögenswerte zu finden,
805 die unter Anrechnung eines Freibetrages von 1 Million Euro pro Person und angemessenen
806 Flexibilitätsregeln bei nachgewiesenen Problemlagen einen angemessenen Beitrag zur
807 dringend erforderlichen Finanzierung elementarer Infrastrukturbedarfe leisten.

808

809

810 SF 08 Finanztransaktionssteuer auch als Vorreiter

811

812 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

813

814 **EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion**

815 **Beschluss: Angenommen**

816

817 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich bei weiterhin unabsehbaren Verzögerungen bei
818 der Einführung einer Transaktionssteuer im europäischen Rahmen für eine nationale
819 Vorreiterrolle einzusetzen.

820

821

822 SF 09 Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung

823

824 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Rheinland-Pfalz**

825

826 **EmpfängerIn: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag**

827 **Beschluss: Angenommen in der Fassung der Antragskommission**

828

829 Die Bundeskonferenz fordert die Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung von
830 vermögensverwaltenden Immobiliengesellschaften mit privaten Grundstückskäufern.

831

832 Während normale Immobilienkäufe mit einer Grunderwerbsteuer von bis zu 6,5 % des
833 Kaufpreises besteuert werden, wird die Übertragung von Gesellschaftsanteilen bei
834 Immobiliengesellschaften bisher nicht entsprechend besteuert.

835

836 In diesem Fall eines sogenannten Share Deals werden zum Beispiel die Gesellschaftsanteile
837 einer (Grundbesitz-) GmbH an neue Gesellschafter verkauft. Da die Gesellschaft sich nicht
838 ändert, sondern lediglich deren Gesellschafter (Eigentümer) wird oft die
839 Grundstücksübertragung nicht bekannt. Denn die Grundbucheintragung lautet unverändert
840 auf den Namen des Unternehmens, nicht aber auf die Eigentümer dieses Unternehmens. Die
841 Besteuerung entfällt bei der bisherigen Regelung.

842

843 Insoweit entziehen sich diese Unternehmen der Grunderwerbsbesteuerung. Dies bedeutet eine
844 eindeutige Benachteiligung für die normalen Häuslebauer und die Unternehmen, die sich im
845 sozialen Wohnungsbau engagieren und ihre Steuern entrichten.

846

847 Da die Länder immer mehr aus finanzpolitischen Gründen an der Grunderwerbsteuerschraube
848 zu Lasten der Vorgenannten drehen, ist eine gesetzliche Änderung dringend geboten.

849 Insbesondere auch, weil den Ländern dadurch jährlich schätzungsweise zwischen einer halben
850 und einer Milliarde Steuereinnahmen entgehen. Im Falle einer entsprechenden Änderung
851 könnten die Steuersätze reduziert werden und somit zu einer Entlastung bei den Häuslebauern
852 und im sozialen Wohnungsbau führen.

853

854

855 SF 10 Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer 856 für den sozialen Wohnungsbau

857

858 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Rheinland-Pfalz**

859

860 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

861 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

862

863 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Abschaffung der Grundsteuer für
864 den sozialen Wohnungsbau einzusetzen, mit dem Ziel kostengünstiges Bauen zu ermöglichen.

865

866

867 SF 11 Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen 868 wie z.B. im Dieselskandal

869

870 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

871

872 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

873 **Beschluss:** Angenommen

874

875 Die Paragraphen 10 Absatz 3 Körperschaftssteuergesetz (letzter Satz) und Paragraph 12 Absatz
876 4 Einkommensteuergesetz (letzter Satz) betreffen die Steuerbefreiung von

877 Wiedergutmachungszahlungen und müssen präzisiert werden: Entschädigungszahlungen

878 gelten nicht als Wiedergutmachungen, sofern sie auf Urteilen eines Gerichtes bzw. gerichtlich

879 sanktionierten (z.B. eines Vergleichs) Vereinbarungen beruhen.

880

881

882

883

884 SF 12 Grundfreibetrag

885

886 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

887

888 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

889 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

890

891 Die nachgelagerte Rentenbesteuerung, die seit 2005 eingeführt wurde und bis 2040 zu einer
892 100 % -igen Besteuerung der Renten führen soll (ohne anzurechnenden Rentenfreibetrag), ist
893 grundsätzlich aufgrund der mit der „Agenda 2010“ eingeführten erfolgten Zunahme von
894 prekären Arbeitsverhältnissen und den daraus resultierenden Folgen für zukünftige Rentner
895 neu zu überdenken, um Altersarmut zu vermeiden.

896

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909

910

911

912

913

914

915

916

917

918

919

920

921

922

923

924

925

926

927
928
929
930
931
932
933
934
935
936

EUROPA UND AUßENPOLITIK

937
938
939
940
941
942
943
944

945 EA 01 Resolution: Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der
946 Entwicklungszusammenarbeit

947

948 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

949

950 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

951 **Beschluss:** Angenommen

952

953 Die politisch Verantwortlichen insbesondere auf Bundesebene, aber auch auf kommunaler und
954 auf Landesebene beschränken sich zum großen Teil auf Abwehrreaktionen bei der
955 Flüchtlingsproblematik und klammern die möglichen Aktionsfelder, die zu einer konkreten
956 Fluchtursachenbekämpfung führen, weitestgehend aus. Das bedauern viele ehrenamtlich im
957 Bereich Migration/Integration engagierte Menschen, die seit vielen Jahren in der sogenannten
958 EINE-Weltarbeit tätig sind. Sie verweisen im Rahmen ihrer Arbeit immer wieder darauf, dass
959 die gerade auch Europa erreichten Flüchtlingsbewegungen schon seit langem vorausgesehen
960 werden konnten und auch schon seit vielen Jahren existieren. Es wird dabei u.a. auf den Film
961 „Der Marsch“ verwiesen, der schon Anfang der 90er Jahre viele Menschen schockiert hat. Im
962 Deutschen Bundestag hat die Mehrheit der Mitglieder der Enquete-Kommission
963 „Herausforderungen der Globalisierung für die Weltwirtschaft“ schon 2001 in dem Bericht
964 dieser Kommission auf die Zusammenhänge von internationaler Ausbeutung, Not und Elend
965 und die damit oft zusammenhängenden kriegerischen Auseinandersetzungen hingewiesen
966 und eine Änderung der Politik eingefordert.

967

968 Vor allem auf die internationalen Rahmenbedingungen für den Welthandel im Kontext der
969 WTO und die internationale Finanzarchitektur wurde verwiesen und eine grundsätzliche
970 Reform eingefordert, die aber ausgeblieben ist. Die deutsche internationale Politik, besonders
971 eine nachhaltige Politik der Entwicklungszusammenarbeit blieb weit hinter den
972 Notwendigkeiten und der Zielsetzung 0,7 % der Bundesmittel für Entwicklungsmaßnahmen in
973 Entwicklungsländern bereit zu stellen, zurück. Die Folgen waren und sind immer noch
974 verheerend, nicht nur bezogen auf die sogenannte internationale Finanzkrise. Nach wie vor
975 sind Verträge richtungsweisend, die wie bei TTIP und CETA die Starken bevorteilt, worauf
976 insbesondere afrikanische Reformpolitiker verweisen. Auch dass die Folgen des Klimawandels
977 und insbesondere auch die Exportsubventionierungen dazu führen, dass die Verelendung der
978 Menschen in weiten Teilen der Welt fortgeschritten ist und fortschreitet, ist unübersehbar.
979 Dafür gibt es viele Beispiele. Darüber muss mehr aufgeklärt und bei der Bildungs- und
980 Öffentlichkeitsarbeit gerade auch der SPD hingewiesen werden.

981

982 Auch, dass nach wie vor militärische Interventionen als Mittel zur Befriedung und Abwehr
983 eingesetzt wurden und werden, führt immer wieder dazu, dass die Flüchtlingsströme
984 zunehmen. Darum muss es eine global verankerte Neuausrichtung der Politik geben, wie sie
985 Ende 2015 in Paris zumindest in Ansätzen vereinbart worden ist. Das Motto des langjährigen
986 Vorsitzenden der SPD, des Friedensnobelpreisträgers und früheren Bundeskanzlers Willy

987 Brandt, „Überleben sichern“ muss im Mittelpunkt des politischen Handels stehen. Anregungen
988 dafür gibt es dafür in den zahlreichen entwicklungs- und friedenspolitischen Aktionsgruppen
989 u.a. mit den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen
990 (NRO's) und auch zum Beispiel mit kommunalen Entwicklungspartnerschaften, in deren
991 Rahmen dafür gesorgt wird, dass die Lebensbedingungen in den Partnergemeinden in
992 Entwicklungsländern verbessert werden. Auch dass immer mehr Unternehmer bereit sind,
993 Flüchtlinge einzustellen und auch Ausbildungsplätze anzubieten, zeigt, dass das Wissen um die
994 Notwendigkeit Qualifizierung für Flüchtlinge aus Entwicklungsländern zu ermöglichen, weit
995 verbreitet ist. Aber es zeigt sich auch, dass die politisch Verantwortlichen es immer noch
996 versäumt haben und versäumen, die gesetzlichen Grundlagen für die Anstellung und
997 Ausbildung von Flüchtlingen so zu verändern, dass eine Anstellung bzw. Ausbildung für
998 Flüchtlinge auch mit dem Status einer nur auf kurze Zeit begrenzten Duldung zu ermöglichen.
999

1000 Schlimm ist auch, dass über die sogenannte deutsche „Entwicklungshilfe“ keine Aufklärung in
1001 den Nehmerländern darüber organisiert wird, was die Flüchtlinge in Deutschland oder in
1002 anderen Ländern erwartet. Und die NRO's im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit
1003 müssen immer wieder langwierige bürokratische Antrags- und Kontrollverfahren durchlaufen,
1004 bevor Entwicklungsprojekte überhaupt durchgeführt werden können. Auch sind die von der
1005 Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die Bundesregierung geplanten und
1006 durchgeführten Maßnahmen immer wieder zu sehr an den Interessen der in den jeweiligen
1007 Ländern Herrschenden und auch an den deutschen Interessen orientiert und erreichen die
1008 armen und notleidenden Menschen, die dann oft versuchen, ihre Heimatländer zu verlassen,
1009 nicht. Ein Problem besteht auch darin, dass es immer schwieriger geworden ist, für Partner aus
1010 Organisationen, mit denen langjährige Entwicklungspartnerschaften bestehen, Visa für
1011 Aufenthalte zwecks Weiterbildung und Qualifizierung in Deutschland zu bekommen. Hier
1012 könnte auch viel getan werden für die Vermittlung von Informationen über die
1013 Fördermöglichkeiten für Menschen aus Entwicklungsländern, Durchführung von Praktika und
1014 auch materielle Unterstützung für Maßnahmen der Entwicklungsarbeit.

1015
1016 Auch an der konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit mit Ländern, die deutsche Finanzmittel für
1017 Entwicklungszusammenarbeit bekommen, mangelt es. So sind zum Beispiel Somalier mit
1018 kenianischen Pässen und Schengen-Visa über die Niederlande nach Deutschland gekommen.
1019 Diese beiden Sachverhalte wurden und werden bis heute bei Regierungsverhandlungen nicht
1020 zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht, wenn über Entwicklungsprojekte verhandelt
1021 wird. Das alles hat immer wieder dazu geführt, dass die gesellschaftlichen Probleme in vielen
1022 Entwicklungsländern, aber auch vor allem in den letzten Jahren auch in Deutschland und den
1023 europäischen Ländern umfangreicher geworden sind und es auch immer mehr zu kriegerischen
1024 Auseinandersetzungen gekommen ist. Eine der Folgen ist auch, dass es immer mehr Menschen
1025 gibt, die das Vertrauen in die politischen Gestaltungsmöglichkeiten verloren haben.

1026
1027 Darum ist es notwendig, dass gerade von der SPD mit positiven Beispielen gezeigt wird, dass es
1028 Wege gibt, die aus dem weltweiten Dilemma hinausführen. In der SPD zeigt die AG 60 plus mit
1029 ihrer Unterstützung von Helpage, dass konkretes solidarisches Handeln im Bereich der

1030 Entwicklungszusammenarbeit zu positiven Ergebnissen führt. Solche Aktivitäten sollten
1031 gefördert und ausgebaut werden. Die Bundeskonferenz fordert dazu auf, solche Aktivitäten zu
1032 unterstützen und auszubauen.

1033

1034

1035 EA 02 Resolution: Waffenlieferungen

1036

1037 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1038

1039 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1040 **Beschluss:** Angenommen

1041

1042 Es ist notwendig, dass alle politisch Verantwortlichen dazu aufgefordert werden, für eine
1043 umfangreiche Aufklärung über die in der Öffentlichkeit diskutierten Waffengeschäfte u.a. mit
1044 Ländern des Nahen Ostens zu sorgen. Die Verantwortlichen sollen sich für ein Waffenembargo
1045 – insbesondere gegen Saudi-Arabien – einsetzen.

1046

1047 Auch wird dazu aufgefordert, ein gesetzliches Verbot für den Export von Kleinwaffen und der
1048 zugehörigen Munition zu beschließen. Das soll auch gelten für Lizenzen zum Nachbau von
1049 Kleinwaffen und der zugehörigen Munition. Auch sollen erteilte Lizenz-Genehmigungen
1050 widerrufen werden. Ferner sollen Rückruf- und Verschrottungsaktionen für bereits gelieferte
1051 Kleinwaffen organisiert werden.

1052

1053 Waffenproduktion und Waffenhandel leisten keinen Beitrag, um die nationale Sicherheit eines
1054 Landes zu gewährleisten. Denn die in manche Länder gelieferten Waffen, zu denen auch
1055 Kleinwaffen gehören, werden oft weitervermittelt und werden dann von Organisationen wie IS
1056 genutzt, um ihre Machtinteressen durchzusetzen. Das hat insbesondere wieder neu die
1057 kriegerische Entwicklung der letzten Jahre gezeigt.

1058

1059 Da Waffenhandel ein gutes Geschäft ist, ist weltweit der Umsatz der 100 größten
1060 Rüstungsunternehmen seit Jahren gestiegen, so dass bereits im Jahr 2011 der Umsatz bei 410
1061 Mrd. US Dollar lag. Das SIPRI (=Stockholm International Peace Research Institute) hatte schon
1062 2015 errechnet und mitgeteilt, dass der internationale Handel mit Rüstungsgütern von 2009
1063 bis 2013 um 14 % im Vergleich zum vorgehenden Vierjahreszeitraum zugenommen hat. Diese
1064 Tendenz ist weiter gestiegen. Der Rüstungsmarkt wird in allen Ländern von großen
1065 Unternehmen und zum Teil multinationalen Konzernen dominiert.

1066

1067 Da die Entwicklung hochtechnologischer neuer Waffensysteme sehr teuer ist, können über
1068 Exporte und damit höhere Stückzahlen die Entwicklungskosten besser aufgefangen werden.
1069 Gleichzeitig führt die ständige Entwicklung neuer Waffensysteme dazu, dass
1070 Rüstungskontrollvereinbarungen und völkerrechtliche Regelungen unterlaufen bzw. überholt
1071 werden. Dies zeigt sich aktuell im Bereich der Entwicklung von Drohnen und voll
1072 automatisierten Waffensystemen.

1073 Von politischer Seite werden in Deutschland Rüstungsexporte verstärkt als Mittel eingesetzt,
1074 um strategische „Partner“ auch außerhalb der NATO zu unterstützen und um dort politischen
1075 und wirtschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Aber eigentlich verbieten die politischen
1076 Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 Rüstungslieferungen in Krisengebiete und
1077 in Staaten, die die Menschenrechte missachten. Dazu gehören auch die Waffenexporte nach
1078 Saudi-Arabien mit unter anderem 23 zivilen Hubschraubern mit militärischen Einbauten und
1079 1.210 Maschinengewehren und -pistolen in den Oman.

1080 Die Diskussion in der Öffentlichkeit, die u.a. von Organisationen wie Pax Christi geführt wird,
1081 verbunden mit Aktionen, die unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ organisiert
1082 werden, muss gerade auch von der SPD glaubwürdig geführt werden und sich nicht nur auf
1083 „Aufrufe“ in Wahlauseinandersetzungen beschränken. In einer Stellungnahme von Pax Christi
1084 dazu heißt es: *„Auf Dauer wird es nicht funktionieren, wenn der eine Teil der Welt in Wohlstand
1085 und Frieden lebt, und der andere in Armut und Krieg. In Armut und Krieg möchte niemand leben.“*
1086 *Darüber hinaus gilt insbesondere für die Bekämpfung von Fluchtursachen: Es darf keine*
1087 ***Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und Diktaturen geben.***

1088

1089

1090 EA 03 Resolution: In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich 1091 handeln

1092

1093 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1094

1095 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1096 **Beschluss:** Angenommen

1097

1098 **Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und** 1099 **Bewirtschaftung von Grundstücken**

1100

1101 Die Bundeskonferenz fordert alle politisch Verantwortlichen dazu auf, sich durch
1102 Berücksichtigung sozialer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung
1103 von Grundstücken ihrer Mitverantwortung für die Ausrichtung der Wirtschaft an
1104 Menschenwürde und Menschenrechten zu stellen. Und durch die Berücksichtigung
1105 ökologischer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung von
1106 Grundstücken soll auch die Mitverantwortung für die Ausrichtung der Wirtschaft auf
1107 Nachhaltigkeit verstärkt berücksichtigt werden. Durch die Beschäftigung mit den Kriterien und
1108 Festlegung verlässlicher Regeln nehmen alle politisch Verantwortlichen mit ihrem Handeln
1109 zugleich die Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wahr,
1110 wie es in den zahlreichen besonders kirchlich geprägten entwicklungs- und friedenspolitischen
1111 Aktionsgruppen zum Ausdruck gebracht wird.

1112

1113 Dazu gehört zum Beispiel das faire und klimafreundliche Einkaufen. Die Organisation,
1114 Beschaffung und Bewirtung bei Veranstaltungen sollen sich an Nachhaltigkeitskriterien

1115 orientieren, Ressourcen schonen und unnötige Klimaverbräuche vermeiden. Hier steht der
1116 Einkauf regional und / oder ökologisch hergestellter Produkte sowie von Produkten aus fairem
1117 Handel im Vordergrund. Die Gliederungen der SPD werden aufgefordert, sich für die
1118 Durchführung ihrer Veranstaltungen auf entsprechende Leitlinien und konkrete Maßnahmen
1119 in diesem Sinne zu verständigen.

1120

1121 Anregungen werden gegeben zum Beispiel durch Projekte wie Global Nachhaltige Kommunen,
1122 die es in einigen Bundesländern schon gibt. Sie leisten einen Beitrag zur systematischen
1123 Umsetzung der globalen 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene.
1124 Die 2030-Agenda und die dazugehörigen Globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable
1125 Development Goals, SDGs) hat die UN-Vollversammlung im September 2015 verabschiedet.
1126 Dabei werden insbesondere die Themen Bildung, natürliche Ressourcen und Umwelt, Klima
1127 und Energie, Mobilität, Arbeit und Wirtschaft, Konsum und Lebensstil verfolgt.

1128

1129 Hierin liegen eine Vielzahl von Handlungsfeldern, die von den entwicklungs- und
1130 friedenspolitischen Aktionsgruppen und NRO's wie Brot für die Welt, Misereor, etc. bereits
1131 langjährig und kompetent verfolgt werden. Eine Unterstützung der von ihnen betriebenen
1132 Projekte sollte verstärkt von der SPD organisiert werden. Die Themen dazu sollten auch als
1133 Schwerpunkte in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit organisiert werden.

1134 Die genannten Gruppen setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, die wirtschaftliche und soziale
1135 Situation von benachteiligten Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeitern im
1136 Globalen Süden zu verbessern. Sie sollen für ihre Arbeit und ihre Produkte angemessen bezahlt
1137 werden und eine stabile Existenz aufbauen können. Viele Fair Trade Kommunen unterstützen
1138 dieses Anliegen auch im politischen Raum.

1139

1140 Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dabei aktiv und regen zu weiteren
1141 Aktivitäten an. Sie fordern dazu auf, Produkte aus Fairem Handel zu kaufen und tun das selbst.
1142 Bei Anlässen wie Verabschiedungen, Jubiläen, Geburtstagen, Dank an Referenten, etc. werden
1143 fair gehandelte Produkte oder entsprechende Präsentkörbe verschenkt. Mindestens einmal im
1144 Jahr werden Aktionen und Veranstaltungen zur Förderung und Bekanntmachung des Fairen
1145 Handels durchgeführt. Für Blumenschmuck außerhalb der Anbausaison (Mai-September)
1146 werden fair gehandelte, ansonsten heimisch wachsende Blumen verwendet. Über
1147 entsprechende Aktivitäten der SPD wird regelmäßig berichtet.

1148

1149 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus gibt mit den Anregungen und Aufforderungen zum
1150 Ausdruck, dass es viele Möglichkeiten der Wahrnehmung von Weltverantwortung im Sinne der
1151 Grundwerte der SPD insbesondere der Internationalen Solidarität gibt und das Überleben
1152 sichern (Willy Brandt) ein Grundprinzip der politischen Arbeit von Sozialdemokratinnen und
1153 Sozialdemokraten ist.

1154

1155

1156

1157 **EA 04 Resolution: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?**

1158

1159 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

1160

1161 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

1162 **Beschluss: Annahme**

1163

1164 Internationale Krisen befördern in der Bundesrepublik eine Diskussion zur Strategie der
1165 Außenpolitik.

1166 Nach einer langen und relativ erfolgreichen Phase der Außenpolitik der ruhigen Hand soll jetzt
1167 eine „gestaltende Außenpolitik“ praktiziert werden, die dem vermeintlich gestiegenen Gewicht
1168 der Republik in der Welt Rechnung tragen und mehr Verantwortung übernehmen soll.

1169 Diese soll auch den Einsatz „militärischer Mittel nicht von vornherein“ (Gauck) verwerfen. Von
1170 der Leyen bringt es auf den Punkt: „Wo auch immer gespielt wird, Deutschland schickt
1171 schießendes Personal.“ Mittlerweile sind militärische Beteiligungen an verschiedenen
1172 internationalen Krisen erfolgt und werden ausgeweitet. Einher geht dies mit der Ausweitung
1173 der NATO (Bundeswehr)-Präsenz in den östlichen Mitgliedsstaaten an der Grenze zu Russland.
1174 Und fast selbstverständlich wird vor diesem Hintergrund eine massive Erhöhung des
1175 bundesdeutschen Rüstungsetats gefordert.

1176

1177 Wir sehen dies mit Skepsis und Ablehnung, denn alle jüngeren Beispiele, etwa in Afghanistan,
1178 Irak, Libyen, zeigen das Desaster externer militärischer Interventionen.

1179 Vorrangig muss auf rechtzeitige Diplomatie und Ausgleich gesetzt werden.

1180

1181 Ein Einsatz der BW im Rahmen des NATO-Auftrags nur mit UN-Mandat.

1182 Wir wollen nicht, dass spätere Generationen nach erneutem Chaos und Kriegen über die
1183 „Schlafwandler“ des Jahres 2014 diskutieren.

1184

1185

1186 **EA 05 Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland**

1187

1188 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Sachsen-Anhalt**

1189

1190 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

1191 **Beschluss: Annahme**

1192

1193 Der SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, angesichts der
1194 weltweit immer stärker zunehmenden bewaffneten Konflikte auf eine erhebliche Reduzierung
1195 von Waffenexporten aus Deutschland hinzuwirken. Insbesondere ist der klare Grundsatz eines
1196 Embargos für die Lieferung von Waffen in Krisengebiete auf deutscher Seite strikt einzuhalten.

1197

1198

1199

1200

1201

1202

1203

1204

1205

1206

1207

1208

1209

1210

WOHNEN

1211

1212

1213

1214

1215

1216

1217

1218 **W 01 Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren**

1219

1220 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Bayern**

1221

1222 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1223 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

1224

1225 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Begriff 'Betreutes
1226 Wohnen' bundesweit einheitlich definiert und gesetzlich geschützt wird.

1227

1228

1229 **W 02 Bezahlbarer Wohnraum**

1230

1231 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein**

1232

1233 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1234 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

1235

1236 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dass dafür gesorgt wird, dass untere und mittlere
1237 mit Einkommensgruppen bezahlbarem Wohnraum versorgt werden. Dieser ist barrierefrei
1238 zu errichten.

1239

1240 Alle Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die kommunalen, die öffentliche Fördermittel
1241 beanspruchen und verbauen, sind dazu verpflichtet, barrierefreien und bezahlbaren Wohn-
1242 raum zur Verfügung zu stellen.

1243

1244

1245

1246

1247

1248

1249

1250

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269

ORGANISATION

1270
1271
1272
1273
1274
1275
1276
1277

1278 O 01 Prüfauftrag an den neuen Bundesvorstand AG 60 plus

1279

1280 **Antragsteller:** AG SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein

1281

1282 **EmpfängerIn:** AG SPD 60 plus Bundesvorstand

1283 **Beschluss:** Weiterleitung an den neuen Bundesvorstand

1284

1285 Die Bundeskonferenz soll den neuen Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus den

1286 Prüfungsauftrag erteilen, den Bundesvorstand künftig um 12 Vorstandsmitglieder und damit

1287 auf die Maximalstärke von 21 Vorstandsmitgliedern zu erweitern, damit jeder Landesverband

1288 durch mindestens 1 Mitglied im Bundesvorstand vertreten ist.

1289

1290

1291 O 02 Altern in Würde

1292

1293 **Antragsteller:** AG SPD 60 plus Unterbezirk Main-Kinzig

1294

1295 **EmpfängerIn:** AG SPD 60 plus Bundesvorstand

1296 **Beschluss:** Weiterleitung an den neuen Bundesvorstand

1297

1298 Der neugewählte Bundesvorstand wird aufgefordert Materialien zu entwickeln und den

1299 Gliederungen bereitzustellen, die geeignet sind das Thema "altern in Würde" auf breiter Basis

1300 in Veranstaltungen der SPD AG 60 plus zu behandeln und zu vertiefen.

1301 Dabei sollen auch Ansätze beachtet werden, die eine Kooperation mit Partnern außerhalb der

1302 ??? möglich machen, um eine möglichst vielseitige Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen

1303 Gruppen zu erreichen, die einen mit uns kompatiblen Ansatz in diesem Themenbereich

1304 vertreten.

1305

1306 Die Grundinformationen und Hinweise im Newsletter 20, die von Reinhold Hemker und

1307 Annemarie Pell vorgelegt wurden, enthalten wichtige und beachtenswerte Hinweise.

1308

1309

1310

1311

1312

1313

1314

1315

1316

1317

1318

1319

1320

1321

1322

1323

1324

1325

1326

1327

1328

1329

RESOLUTIONEN

1330

1331

1332

1333

1334

1335

1336

1337

1338 **Resolution: Altersgerecht Leben**

1339

1340 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg**

1341

1342 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1343 **Beschluss:** Angenommen

1344

1345 Wohnen

1346

1347 Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Grundrecht. Wir fühlen uns verpflichtet, wir sind
1348 verpflichtet, dies menschenwürdig und nach sozialdemokratisch geprägten Wertvorstellungen
1349 umzusetzen.

1350

1351 Endlich hat das Thema Wohnen eine politische Bedeutung erlangt wie seit über 20 Jahren
1352 nicht. Es eröffnet sich ein beinahe unübersehbares Themenfeld: von Mietpreislösung,
1353 preisgünstigem Wohnen, Zweckentfremdung, sozialer Zusammenhalt,
1354 Wohnungsbauförderung, Wohnungsgemeinnützigkeit, soziale Stadtentwicklung,
1355 Gentrifizierung, genossenschaftliches Wohnen, Schwellenhaushalte, Kompensationsmittel,
1356 Nachhaltigkeit, urbane Gebiete, Baulandpolitik, Soziale Stadt, Wohnumfeld,
1357 Baufertigstellungen, Wohnbauallianz, revolvingierenden Wohnbaufonds, Wohnbauflächen,
1358 Konversion, Luxusmodernisierungen, Sonderabschreibungen, intakte Nachbarschaften,
1359 sozialräumliche Segregation, Wohnungsbauoffensive, Förderprogramme, Baugruppen,
1360 Städtebauförderung, Miethäusersyndikat, Wohngeld, Mietpreisbindungen,
1361 Quartiersmanagement, bezahlbares Wohnen, Mietspiegel, Wohnraumbedarfsanalysen bis zu
1362 Wohnungsbaustandards, durchmischten Quartieren, Sozialwohnungen, Integration, und es
1363 findet sich kein Ende der Ideen. Zum Bundesparteitag wurde ein richtungsweisender Antrag
1364 mit dem Schwerpunktthema Wohnen formuliert. Darin wird insbesondere eine altersgerechte
1365 Städtebauförderung gefordert. Im Schwerpunkt des Programms "Soziale Stadt" muss der
1366 demografische Wandel berücksichtigt werden, von der Familie mit Kindern bis zu den älteren
1367 Mitbewohnern in Singlehaushalten.

1368

1369 Wir fordern altersgerechten Wohnraum. Das Wohnungsangebot muss sukzessive und planvoll
1370 für die älter werdende Gesellschaft umgebaut werden. Das Programm "Altersgerecht
1371 umbauen" muss aus Bundesmitteln finanziert werden, die Baugesetze und das Baugesetzbuch
1372 müssen entsprechend weiterentwickelt werden. Staatliche Förderung muss an Barrierefreiheit
1373 gekoppelt werden. Die Wohnberatung muss ausgebaut werden, evtl. in die Pflegestützpunkte
1374 integriert. Die Finanzierung bzw. Förderung der Mehrgenerationenhäuser muss dauerhaft
1375 gesichert werden.

1376

1377 Es fehlen nicht nur Mietwohnungen insbesondere im sozialen Preisfeld, es bleibt auch
1378 unbeantwortet, wie Kommunen unterstützt werden, wenn sie nicht nur Sozialwohnungen,
1379 sondern auch Wohnungen für Schwellenhaushalte bauen wollen.

1380

1381 Kommunale Wohnbauunternehmen und Baugenossenschaften, die nicht renditeorientiert für
1382 Anleger arbeiten, sollten kräftig unterstützt werden, damit sie langfristig Mietkonditionen im
1383 Sinne des Gemeinwohls anbieten können. Überhaupt gilt es, genossenschaftliches Bauen zu
1384 stärken, den 1990 abgeschafften gemeinnützigen Wohnungsbau mit zeitlosen Bindungsfristen
1385 zu reaktivieren und die Formel der SPD Baden-Württemberg 40-30-30 zu implementieren (40
1386 Prozent für Sozialen Wohnungsbau, 30 Prozent für die geförderte Eigentumsbildung und 30
1387 Prozent für die privat finanzierte Bebauung bei der Bebauung größerer Flächen).

1388
1389 Wir schlagen vor, Wohnungsbau über revolvingierende regionale Wohnbaufonds zu finanzieren:
1390 Würden die Länder eigenes Vermögen statt Haushaltsmittel in Kombination mit
1391 bundesseitigen KfW-Mitteln zur Verfügung stellen, könnte mit solchen Fonds künftig
1392 weitestgehend unabhängig von den Landeshaushalten die Zahl der geförderten Wohnungen
1393 gesteigert werden. Solche Fonds refinanzieren sich langfristig und die Mieten wären dauerhaft
1394 gebunden.

1395
1396 Mit Blick auf die Nebenkosten liegen uns auch Mieterstrominitiativen am Herzen. Mieterstrom
1397 wird lokal produziert (Photovoltaikanlage auf dem Dach oder dem Balkon), verbessert die CO₂-
1398 Bilanz, spart den Umweg über Fernverkehrsnetze und Kosten.

1399
1400 Mobilität für jedes Alter bewahren
1401

1402 Stärkung des ÖPNV. Wenn die Grundversorgung ins Wanken gerät – Lebensmittelladen,
1403 Hausarzt, Apotheke, Sportverein, Schule und Bankfiliale nur noch in der nächst größeren
1404 Gemeinde zu finden sind – werden der Öffentliche Nahverkehr und moderne Modelle den
1405 Individualverkehr zu organisieren, zur Überlebensfrage.

1406
1407 Kommunen und Vereine sollen verstärkt "Bringdienste" anbieten, ebenso Dienstleistungen wie
1408 Lieferservice und Fahrdienste.

1409
1410 Wir fordern Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen – auch im ländlichen Raum. Das ist vor allem
1411 eine soziale Notwendigkeit, inzwischen fördern altersgerechte Bahnhöfe altersgerechten
1412 Tourismus und werden damit wichtig für die wirtschaftliche Stärkung einer Region.

1413
1414 Der (heute noch) notwendige motorisierte Individualverkehr bricht unter der Last des
1415 Güterverkehrs zusammen – Lastkraftwagen verstopfen die Straßen. Deshalb fordern wir die
1416 Reaktivierung der Politik: „Güter von der Straße auf die Schiene“.

1417
1418 Aus ökologischen Gründen soll der Umstieg auf das Fahrrad durch Ausbau der entsprechenden
1419 Radwegenetze erleichtert werden.

1420
1421 Mit dem Rückgang der daseinsvorsorgenden Infrastruktur im ländlichen Raum werden gute
1422 Kommunikationsmöglichkeiten immer wichtiger – deshalb fordern wir den zügigen
1423 Breitbandausbau.

1424 Verbesserungen bei Gesundheit und Pflege

1425

1426 Prävention und gesundheitliche Förderprogramme sind auf der Grundlage des
1427 Präventionsgesetzes durch die Sozialversicherungsträger weiter auszubauen. Sie sind eine
1428 wichtige Grundlage zur Vermeidung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

1429

1430 Ärztliche Behandlung, Rehabilitation und Pflege sind flächendeckend anzubieten und zu
1431 erhalten. Dazu gehört eine gute hausärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum.

1432

1433 Im Bereich der Pflege sind deutliche Fortschritte erzielt worden, sowohl im Bereich der
1434 aktivierenden Pflege und bei der Betreuung dementiell erkrankter Menschen. Auch die
1435 ambulante Pflege wurde durch Leistungsverbesserungen nachhaltig gefördert.

1436

1437 Wichtig ist die Anpassung der Leistungsbeiträge an die Preis- und Lohnentwicklung. Die
1438 Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. Dazu gehört ein bundeseinheitlicher
1439 Branchentarifvertrag Soziales, um den derzeit unterschiedlichen arbeitsrechtlichen
1440 Vereinbarungen zu begegnen.

1441

1442 Zur weiteren inhaltlichen Ausgestaltung und einer gerechten und auskömmlichen
1443 Finanzierung der Pflege fordern wir die Einführung der Bürgerversicherung Pflege. In die
1444 Bürgerversicherung zahlen Alle ein, alle Einkommensarten sind dabei für die Beitragszahlung
1445 heranzuziehen.

1446

1447 Auch im Bereich der Gesundheit (Krankenversicherung) wird eine Bürgerversicherung
1448 Gesundheit angestrebt.

1449

1450 Vermeidung von Altersarmut

1451

1452 Rentnerarmut ist fast immer die Folge von Einkommensarmut. Deshalb stehen faire Löhne,
1453 gutes Einkommen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Rentenentwicklung darf nicht von der
1454 Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Das ist der Grundsatz. Um allerdings ein Rentenniveau
1455 von mindestens 50 % zu erreichen, ist es vorübergehend notwendig, die Renten stärker zu
1456 steigern als die Löhne wachsen.

1457

1458 Die gesetzliche Rente muss weiterhin den wesentlichen Beitrag zur Sicherung des
1459 Lebensstandards im Alter leisten. Versicherungsfremde Leistungen müssen stets und
1460 ausreichend durch Steuergelder ausgeglichen werden. Die Solidarrente muss deutlich über
1461 dem Grundsicherungsniveau liegen. Kindererziehungszeiten, Pflegezeiten und ehrenamtliches
1462 Engagement müssen besser berücksichtigt werden. Betriebliche und private Altersvorsorge
1463 sind Ergänzungen, kein Ersatz für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) oder Teile davon.

1464

1465 Um das Mehrklassensystem in der Altersvorsorge zu überwinden, wollen wir die GRV in eine
1466 Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln.

1467 Auch der Bereich „Lebenslanges Lernen“ ist in diesem Zusammenhang wichtig. Die
1468 Funktionsfähigkeit eines Menschen ist nicht an ein chronologisches Alter gebunden, sondern
1469 wird von biologischen und sozialen Faktoren mitbestimmt. Schulbildung und Beruf sind daher
1470 wichtig, aber auch die Fort- und Weiterbildung im ganzen Berufsleben und auch im Ruhestand.
1471 Ein aktiver Ruhestand mit körperlichem und geistigem Training und das Zusammensein mit
1472 anderen Menschen fördert die Lebensqualität. Das Gefühl, gebraucht zu werden, ist im Beruf,
1473 aber auch in der Familie und im Ehrenamt sehr wichtig.

1474

1475 Armut ist oft auch eine Folge von Reichtum. Wir wollen eine gerechtere Teilhabe an den
1476 Arbeitsergebnissen unserer Gesellschaft. Dazu gehören faire Löhne und Einkommen, faire
1477 Preise und faire Einkommensteuern. Dazu gehört auch eine faire Besteuerung von Vermögen.

1478

1479 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist viel stärker eine Frage von Arm und Reich als eine
1480 Frage von Jung und Alt.

1481

1482 Umwelt

1483

1484 In erdgeschichtlichen Zeiträumen gedacht: noch niemals hat der Mensch egoistisch getrieben
1485 die Erde in einem solchen Geschwindigkeitsrausch ausgebeutet wie heute. Von
1486 Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu sprechen ist angemessen. An unsere Enkel zu
1487 denken, bedeutet Klima- und Umweltschutz – sowohl als nationale wie globale Aufgabe – in
1488 den Vordergrund zu rücken.

1489

1490 Essentiell ist dabei der Ausbau der Erneuerbaren Energien, also die Energiewende. Auch wenn
1491 viele Länder den Ausstieg aus der Atomenergie noch vor sich herschieben – wenn in
1492 Deutschland heute innovative, also neue Technologien entwickelt und zur Marktreife gebracht
1493 werden, die den Einsatz fossiler und anderer endlicher Ressourcen entbehrlich machen, haben
1494 die deutsche Industrie, Mittelstand und Handwerk, aber auch Lehre, Forschung, Entwicklung
1495 eine gute Zukunft.

1496

1497 Durch Kreislauffeffizienz und den effizienten Einsatz von Ressourcen wollen wir die Umwelt
1498 und das Klima schonen. In gleichen Dimensionen gedacht untergräbt auch die Reduzierung der
1499 Artenvielfalt, die Reduzierung der biologischen Vielfalt die Zukunftsfähigkeit des Menschen.

1500

1501 Über Waldsterben zu sprechen ist ein wenig aus der Mode gekommen, die CO₂-Messwerte von
1502 Verbrennungsmotoren werden manipuliert und der amerikanische Präsident leugnet den
1503 Klimawandel. Traurige Aussichten für den Klima- und Umweltschutz als globale Aufgabe.
1504 Umso wichtiger ist es, sich wieder verstärkt um den internationalen Klimaschutz zu kümmern.
1505 Wir brauchen unbedingt ein verbindliches Nachfolgeabkommen zu Kyoto, um die
1506 Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. So sperrig sich China und die USA als
1507 größte CO₂-Emittenten dabei verhalten, Deutschland und Europa müssen ihre internationale
1508 Umweltpolitik verstärken und eine Vorreiterrolle übernehmen. International – das bedeutet
1509 auch sich mit den Ländern des Südens zu verbünden und unsere Entwicklungszusammenarbeit

1510 so zu steuern, dass Entwicklung, Wachstum und Wohlstand im Einklang mit Natur und
1511 Umwelt stehen können. Das bedeutet auch, dass die fremdbestimmte Ausbeutung der armen
1512 Länder, die Ausbeutung ihrer Ressourcen ein Ende haben muss.

1513

1514 Allerdings lohnt es auch vor der eigenen Haustür zu kehren: Klimaschutz ist auch nationale
1515 Aufgabe, die nicht zuletzt gesetzlich festgeschriebene langfristige (nachhaltige)
1516 Klimaschutzziele definiert.

1517

1518 Dazu gehören zum Beispiel eine energieeffiziente und klimagerechte Bau- und
1519 Stadtentwicklung, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Aufbau dezentraler
1520 Versorgungsstrukturen und die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, die sich auf
1521 Wiederverwertung von Produkten, die Wiedergewinnung von Rohstoffen und die
1522 Ressourcenschonung, das heißt auch Abfallvermeidung, konzentriert.

1523

1524 Finanzen

1525

1526 Deutschland ist im internationalen Vergleich erfolgreich. Die Wirtschaft wächst und die
1527 Beschäftigungslage ist gut. Soziale Gerechtigkeit ist dabei eine unverzichtbare Grundlage
1528 dieser positiven Entwicklung. Sie hält unsere Gesellschaft zusammen. Sie stärkt das
1529 Zusammenleben in Deutschland und Europa und würdigt die Leistung jedes Einzelnen und
1530 macht unser Land sicherer. Soziale Gerechtigkeit ist kein Zustand. Jeder und jede Einzelne sind
1531 wichtig in unserer Gesellschaft: die Mutter, die ihren Kindern noch schnell vor der Schule das
1532 Pausenbrot zusteckt und im 24-Stunden-Dienst ihren kranken Vater pflegt, genauso wie die
1533 Managerin, die sich um tausende Arbeitsplätze kümmert, der Lehrer, der mit
1534 nervenaufreibender Arbeit für gute Bildung sorgt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
1535 die tagein tagaus Wohlstand schaffen, der Banker, der uns in Geldsachen berät, die
1536 Staatsdiener, die unser Gemeinwesen organisieren, die Krankenschwester und Ärztin, der
1537 Feuerwehrmann – Arbeit und Engagement schaffen Werte.

1538

1539 Und doch ist unsere Gesellschaft viel mehr als die Summe der einzelnen Individuen. Deshalb
1540 müssen wir jeden Tag für soziale Gerechtigkeit einstehen und das Erreichte gegen
1541 Ungerechtigkeiten, gegen Egoismus, Machtmissbrauch, Volksverhetzer*innen und
1542 Unterdrückung verteidigen. Unser Gemeinwesen bietet viel mehr als sich alle einzelnen jemals
1543 leisten können. Auch der Reichste kann sich kein Straßennetz leisten, und auch der beste
1544 Unternehmer kommt ohne Arbeitnehmer*innen und ohne Kunden nicht zurecht.

1545

1546 Die Finanzpolitik kümmert sich um die Einnahmen zur Finanzierung der gemeinschaftlichen
1547 Aufgaben. Sämtliche Steuern, die einzelne Bürger bezahlen, erhalten sie als Gemeinschaft
1548 zurück. Sich frei und sicher bewegen zu können, Orte für die Kinderbetreuung und für
1549 lebenslange Bildung zu finden, Hilfe bei der Pflege im Alter und ein Gesundheitssystem bei
1550 Krankheit, eine auskömmliche Altersversorgung auf einem würdevollen Niveau – all dies will
1551 finanziert sein. Aber auch die Verteidigung des Friedens und die Sicherheit innerhalb des

1552 Landes ebenso wie die Straßen, Brücken und ein Schienennetz verdanken wir den
1553 Steuereinnahmen.

1554 Kluge Finanzpolitik hat auch viel mit Friedenspolitik und Umweltpolitik zu tun. So gilt es darauf
1555 zu achten, die absolute Ausbeutung von Mensch und Erde zu verhindern und den egoistisch
1556 getriebenen Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu begrenzen. Auch die
1557 fortschreitende aggressive Privatisierung der letzten Rohstoffreserven der Welt bei
1558 gleichzeitiger Kumulation des gesamten Weltvermögens in wenigen Händen müssen
1559 verhindert werden. Reicheghettos mit hohen Zaunanlagen machen auch den Reichen auf
1560 Dauer keine Freude. Das gilt im Dorf, in der Stadt und auch für Deutschland.

1561

1562 Wir leben in Deutschland in einem wunderbaren Land, in dem es im Durchschnitt Allen gut
1563 geht. Dabei ist es kein Widerspruch, einerseits in der Zeitung zu lesen, dass die wirtschaftliche
1564 Lage in Deutschland exzellent ist und es den Bürgern gut geht, und andererseits auf große
1565 Ungleichheit und Armut hinzuweisen, denn leider ist der Durchschnitt ein großer Lügner. Er
1566 versteckt, wie fantastisch es einigen wenigen geht, und er verschweigt, dass gleichzeitig Viele
1567 von Armut bedroht, in Armut leben oder auch nur befürchten, es könnte ihnen künftig
1568 schlechter gehen. Manchmal verkriecht sich die Armut, um die Würde zu retten, und dort, wo
1569 sie offen auf uns zukommt, machen viele einen Bogen. Jenen in der Mitte geht es ganz gut,
1570 aber sie sind mit Blick auf die Zukunft nicht ohne Sorge. Deshalb ist es so wichtig, politisch
1571 nicht nur auf Sicht zu fahren wie im Nebel, sondern langfristig geplante Schritte in Richtung
1572 einer guten Zukunft zu gehen.

1573

1574 Für uns, also die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich der Gerechtigkeit
1575 verschrieben haben, ist dies eine riesige Aufgabe. Ein Werkzeug zur Lösung dieser Aufgabe ist
1576 die Organisation von Teilhabe. Es geht auf der einen Seite darum, dass alle von allem ihren
1577 gerechten Teil haben – an Bildung, Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente, Kultur,
1578 Sicherheit, Freizeit, aber auch an Demokratie und Zugang zu öffentlichen Gütern.

1579

1580 Andererseits beteiligen sich alle Bürgerinnen und Bürger nach Können und Vermögen an der
1581 Lösung und Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Einige haben schon alles gegeben, wenn
1582 sie ihre Arbeit und ihre Ideen gegeben haben, andere können darüber hinaus auch noch Geld
1583 geben.

1584

1585 Unsere Gesellschaft wird dort gespalten, wo ungleiche Verteilung von Einkommen und
1586 Vermögen die Gleichheit der Lebenschancen gefährden. Es geht also nicht um Gleichheit oder
1587 Gleichmacherei, sondern um vergleichbare Lebenschancen.

1588

1589 Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für Gerechtigkeit. Wir sagen: starke
1590 Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Bei Gering- und Mittelverdienern
1591 besteht ein Entlastungsbedarf. Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen
1592 tragen dagegen nicht genug zur Finanzierung des Gemeinwesens bei – das klingt hart, denn
1593 gerade Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen tragen tatsächlich schon
1594 einen besonders großen Anteil für die Gemeinschaft bei. Wenn wir aber fragen: was bleibt

1595 einzelnen, nachdem sie Steuern bezahlt haben? Dann sehen wir, dass manchen am Tag mehr
1596 bleibt als andere im ganzen Jahr zur Verfügung haben.

1597 Unser aktuelles Steuersystem folgt in wichtigen Elementen einem Gesellschaftsbild, das
1598 vielfach die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr gut abgebildet:

1599

- 1600 • Während die Arbeitnehmer*innen im internationalen Vergleich inzwischen relativ hoch
1601 besteuert werden, liegen die Steuern auf Vermögen und auch die realen
1602 Unternehmenssteuern in Deutschland relativ niedrig. Nutznießer*innen waren
1603 Bezieher*innen von Gewinneinkünften und Vermögende.
- 1604 • Die Einkommensunterschiede wurden im Zeitverlauf immer größer. So liegt das
1605 Bruttodurchschnittseinkommen bei etwa 30.000 € pro Jahr, es gibt aber auch Einkommen
1606 von über 40.000 € – am Tag. Die zunehmende Einkommensspreizung bleibt im
1607 Einkommenssteuertarif unberücksichtigt. Der Spitzensteuersatz ist im internationalen
1608 Vergleich zu gering und wird bereits ab dem doppelten Durchschnittseinkommen erreicht.
- 1609 • Unser Steuersystem ist immer noch an einer Familie mit Kindern und der
1610 Einpersonenerdienerfamilie orientiert. Die schwierige Situation der Alleinerziehenden
1611 zum Beispiel bleibt unberücksichtigt.
- 1612 • Auch dass etwa 80 % des gesamten Vermögens durch Erbschaft und nicht durch eigene
1613 Leistung entstanden ist, bleibt im gegenwärtigen Steuersystem unberücksichtigt.
- 1614 • Die Unternehmensbesteuerung eröffnet grenzüberschreitend tätigen Konzernen immer
1615 noch zu viele Möglichkeiten, ihre Steuerbelastung durch Gewinnverlagerung und
1616 Gewinnkürzung zu minimieren. Mit den Argumenten „Freiheit des Marktes“ und
1617 „Bürokratie“ wurden Schlupflöcher von der größten Fraktion im Bundestag bisher bewusst
1618 in Kauf genommen oder sogar bewusst offengehalten. Der Gemeinschaft gehen Milliarden
1619 verloren.

1620

1621 Durch die fehlende Kassenpflicht, fehlende Bonausgabepflicht und fehlende softwarebasierte
1622 Sicherheitslösungen wurde bisher die systematische Betrugsbekämpfung, etwa durch
1623 manipulierbare Kassensysteme, verhindert.

1624 Kurz: unser Steuersystem wird den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Dies
1625 wollen wir ändern.

1626

1627 Auch in der Unternehmensbesteuerung treffen wir auf gravierende Gestaltungsanstrengungen
1628 einzelner Unternehmen, oft mit Sitz in anderen Staaten. Steuerpolitik braucht Außenpolitik
1629 und Diplomatie und keine Oberlehrerallüren, denn der Steuerwettbewerb der Staaten –
1630 konkurrierende Steuersysteme und Steuersätze – lädt erst zu grenzüberschreitender
1631 Steuerumgehung ein.

1632

1633 Darüber hinaus richten kriminelle Steuerhinterziehung und Kassenbetrug großen Schaden an.
1634 Denn immer, wenn sich Einzelne kriminell der Steuer entziehen, ist das zum Schaden der
1635 Ehrlichen. Diese gravierende Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.

1636 Die sowohl für den sozialen Frieden als auch für das Wirtschaftswachstum gefährliche
1637 Konzentrationsentwicklung bei den Vermögen zeigt, wie wichtig eine faire Besteuerung der
1638 Vermögen ist.

1639

1640 Steuerpolitische Ziele

1641

1642 Gering und Mittelverdiener sollen entlastet werden. Dies kann neben einer Absenkung der
1643 Sozialabgaben durch eine Absenkung der Einkommensteuerbelastung erfolgen. Dazu wollen
1644 wir die Tarifstruktur so verändern, dass es zu einer prozentualen Entlastung bei den unteren
1645 und mittleren Einkommen kommt, und der Spitzensteuersatz mit 49 % bei einem Einkommen
1646 von 100.000 € liegt. Die tatsächlich zu bezahlende Steuer liegt dann bei einem Einkommen von
1647 100.000 € weit unter 40 %.

1648

1649 Die Abgeltungssteuer wollen wir abschaffen und in die Einkommensteuer integrieren.

1650

1651 Gewinne aus der Veräußerung privater Immobilien sollen unabhängig von Haltefristen mit 25
1652 % besteuert werden. Das selbstgenutzte Eigenheim werden wir davon ausnehmen.

1653

1654 Familien mit Kindern wollen wir steuerlich entlasten. Besonders Familien mit geringen
1655 Einkommen werden wir durch ein einkommensabhängiges Kindergeld stärker fördern. Dazu
1656 werden wir das Kindergeld und den Kinderzuschlag zusammenlegen.

1657

1658 Alleinerziehende werden wir besserstellen. Den geltenden Entlastungsbetrag, von dem vor
1659 allem Alleinerziehende mit hohem Einkommen profitieren, werden wir in einen Abzug von der
1660 Steuerschuld umwandeln.

1661

1662 Die Besteuerung der Ehegatten wollen wir an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse
1663 anpassen. Das geltende Ehegattensplitting bevorzugt Ehegatten mit hohem Einkommen und
1664 fördert die Alleinverdiener Ehe. Um diese Fehlanreize zu beseitigen, wollen wir die
1665 Splittingwirkung begrenzen und die frei werdenden Mittel Familien mit Kindern zukommen
1666 lassen. Für alle bestehenden Ehen soll sich an dem bisherigen Ehegattensplitting nichts ändern.

1667

1668 Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern soll auf 500.000 € pro Jahr begrenzt
1669 werden und die Gesellschafterversammlung soll ein angemessenes Verhältnis der
1670 Managereinkommen zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten auf Vorschlag des
1671 Aufsichtsrats beschließen.

1672

1673 Besondere steuerliche Privilegien in der Mehrwertsteuer für einzelne Interessengruppen
1674 müssen überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden.

1675

1676 Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist überfällig, denn die Banken und
1677 Spekulanten, die für die letzte große Krise am Finanzplatz mit verantwortlich waren, sollen so
1678 an den Folgekosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll damit der für das Finanzsystem

1679 nicht ungefährliche Hochfrequenzhandel von mehreren Millionen Transaktionen am Tag
1680 weniger attraktiv werden.

1681

1682 Um den unanständigen Steuerwettbewerb in Europa zu beenden, brauchen wir eine stärkere
1683 Annäherung der europäischen Unternehmensbesteuerung.

1684

1685 Unsere Städte und Gemeinden brauchen eine stabile Basis, um auch künftig attraktiver
1686 Lebensmittelpunkt zu sein. Die Gewerbesteuer soll deshalb zu einer Gemeinde-
1687 Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden.

1688

1689 Das beste Steuersystem bleibt ohne Wirkung, wenn der Vollzug nicht gleichmäßig ist und die
1690 Kontrollmöglichkeiten lückenhaft sind. Deshalb müssen Justiz und Finanzverwaltung personell
1691 verstärkt werden. Dies gilt insbesondere in der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und beim
1692 Zoll.

1693

1694 Den Solidaritätszuschlag, ein Zuschlag auf die Einkommen-, Kapitalertrag- und
1695 Körperschaftsteuer, wollen wir nach und nach in dem Maße abschaffen, wie die Notwendigkeit
1696 von Neubau und Sanierung der Infrastruktur (Schulen, Wohnungsbau, digitale Netze, Straßen,
1697 Brücken, Schleusen, Schienen ...) auch in den westlichen Bundesländern nachlässt.

1698

1699 Demografischer Wandel

1700

1701 Wer 1900 geboren wurde, hatte eine durchschnittliche Lebenserwartung von unter 45 Jahren,
1702 1950 lag sie bei 67 Jahren. Heute kann ein neugeborener Junge mit einer Lebenserwartung von
1703 75 Jahren, ein neugeborenes Mädchen mit über 80 Jahren rechnen. Wer heute schon 60 Jahre
1704 alt ist, kann sich – wieder im Durchschnitt – auf weitere 25 Jahre freuen. Aber auch die
1705 Jugendzeit hat sich verändert. Früher begann der Start ins Berufsleben oft im Alter von 14
1706 Jahren, Kinder und Familiengründung ließen nicht lange auf sich warten. Heute fühlen wir uns
1707 bis zum 35. Lebensjahr als „Jungsozialisten“ und der Jugendwahn in vielen Unternehmen
1708 steuert Arbeitnehmer ab 50 als „zu alt“ aus.

1709

1710 Wenn wir von den Klageliedern der „Überalterung“ oder seit einiger Zeit der „Unterjüngung“
1711 absehen, realisiert die AG 60 plus, dass diese Entwicklung im politischen Raum nicht die
1712 hinreichende Beachtung erfährt. Eine Ursache dafür ist die Reduktion oder die Definition des
1713 Alters in einem Defizit-Modell. Wissenschaftlich ist diese Reduktion längst widerlegt, wir
1714 wollen diese Erkenntnisse in den kommenden Jahren für politische Entscheidungsprozesse
1715 aufbereiten.

1716

1717

1718

1719

1720

1721 **Resolution: Rente muss zum Leben reichen**

1722

1723 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

1724

1725 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1726 **Beschluss:** Angenommen

1727

1728 Die umlagefinanzierte, solidarische, gesetzliche Rente bleibt die Hauptsäule der
1729 Altersfinanzierung. Sie muss gestärkt und in der Höhe an einem würdevollen Lebensstandard
1730 orientiert sein.

1731

1732 Deshalb ist ihr Niveau auf oberhalb von 50 Prozent zurückzuführen und zu stabilisieren. Die
1733 jetzigen Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren sind abzuschaffen. Das Renteneintrittsalter ist
1734 herabzusetzen, flexibilisierte Eintritte sind ohne drastische Abschlüsse möglich zu machen.
1735 Perspektivisch ist sie zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle auszubauen.
1736 Die Grundsicherung ist deutlich zu erhöhen. Ein Gutteil der Bruttorente ist von der Anrechnung
1737 auf die Grundsicherung freizustellen.

1738

1739 Die Situation von Frauen, die oft Kinder- und Pflegeunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigung
1740 und Arbeit im Niedriglohnbereich nachgehen, verdient darin eine besondere Förderung und
1741 Ausgestaltung. Ebenso gilt dies für Erwerbsminderungsrenten.

1742

1743 Die private Vorsorge (insbesondere die s.g. Riesterrente) ist angesichts der relativ hohen Kosten
1744 und der niedrigen Zinsen keine ernstzunehmende Ergänzung der gesetzlichen Rente. Für
1745 bestehende Verträge sollten Vertrauensschutzregelungen geschaffen werden, neue Verträge
1746 nicht mehr gefördert werden.

1747

1748 Betriebliche Altersvorsorge ist ebenfalls keine realistische Säule zur Vermeidung von
1749 Altersarmut. Kürzere Betriebsbindungen, Scheinselbständigkeiten, Zeitbeschäftigungen,
1750 crowd- und clickworking haben bereits jetzt die ursprünglich angenommenen
1751 Voraussetzungen unterminiert und werden die Formen der Betriebsrenten weiter schwächen.
1752 Aktuell und auf weitere Sicht werden die Niedrigzinsen den Kapital gedeckten
1753 Finanzierungsformen weiter negativ zusetzen.

1754

1755 Auf der Finanzierungsseite muss es zuerst darum gehen, durch eine entsprechende
1756 Arbeitsmarktpolitik möglichst viele Menschen in sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse
1757 zu bringen. Zudem sind durch gesetzliche Regelungen die prekären Beschäftigungen
1758 zurückzuführen und der Mindestlohn zu erhöhen. Grundsätzlich schlägt die Produktivität einer
1759 Volkswirtschaft die Demografie. Daran ist auch für die Zukunft wirtschaftspolitisch zu
1760 arbeiten. Gleichzeitig müssen die durch die Digitalisierung drohenden Risiken vorausschauend
1761 gestaltet werden.

1762 Die der Rentenversicherung übertragenen Staatsaufgaben, z.B. die Anpassung der Ostrenten,
1763 die „Mütterrente“, sind aus Steuermitteln zu finanzieren.

1764 **Resolution: Forderungen zu einem solidarischen und gerechtem**
1765 **Generationenprojekt**

1766

1767 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Saarland**

1768

1769 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1770 **Beschluss:** Angenommen in der Fassung der Antragskommission

1771

1772 Wir fordern:

1773

1774 1.) Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder an den Zielen
1775 „Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit“ ausgerichtet
1776 werden.

1777

1778 2.) Die geforderte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit der
1779 genannten Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Rentenniveau von
1780 mindestens 50%.

1781

1782 3.) Deshalb erwarten wir als erste Voraussetzung eine Reform der
1783 Rentenformel. Es muss wieder der Grundsatz gelten:
1784 „**Die Renten folgen wieder den Löhnen**“.

1785

1786 4.) Die eingeführte Abkoppelung von den Löhnen durch Dämpfungs-
1787 Faktoren ist zu streichen. Dies gilt für den „Nachhaltigkeitsfaktor“
1788 ebenso wie den „Riester-Faktor“.

1789

1790 5.) Zur Vermeidung des Armutsrisikos erwarten wir eine Anhebung des
1791 Mindestlohnes auf ein europäisches Niveau vergleichbarer Länder in
1792 Westeuropa.

1793

1794 6.) Wir fordern die Schaffung einer Regelung der Rentenhöhe nach
1795 Mindestentgeltpunkten als Dauerlösung, um damit eine
1796 Grundsicherung zu erreichen und zu vermeiden, dass trotz
1797 langjähriger Vollzeitarbeit keine armutsfreie Rente erworben wird.

1798

1799 7.) Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten muss verhindert
1800 werden. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind
1801 abzuschaffen.

1802

1803 8.) **Riester-Rente:** Die Förderung dieser Form der privaten Vorsorge
1804 durch den Staat (Riester-Förderung) hat die Erwartungen nicht
1805 erfüllt.

1806 **Wir fordern deshalb**, dass die Verbindlichkeit der bestehenden
1807 Verträge umfänglich bestehen bleibt. Eine weitere Förderung neuer
1808 Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht mehr.

1809
1810 9.) **Entgeltumwandlung:** Eine Entgeltumwandlung bei Betriebsrenten lehnen wir
1811 ab, bis die Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, einen finanziellen Beitrag zu
1812 leisten. In jedem Falle muss die Steuer- und Beitragsfreiheit auf die
1813 umgewandelten Einkommen entfallen.
1814 Bis zum Inkrafttreten einer derartigen Gesetzesänderung sind die durch die
1815 Entgeltumwandlung geringeren Beitragseinnahmen in der gesetzlichen
1816 Rentenversicherung durch Steuermittel auszugleichen.

1817
1818
1819 **Eine reformierte, solidarische und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist Kern**
1820 **für die Lebensstandardsicherung.**

1821
1822 10) Wir fordern: **Die gesetzliche Rentenversicherung mutig und**
1823 **konsequent zur Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln.**

1824
1825 Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die Versicherungspflicht aller
1826 erwerbstätigen Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten
1827 Systemen oder der privaten Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen
1828 Rentenversicherung durchzuführen.

1829
1830 **Nur so ist ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters,**
1831 **der Erwerbsminderung und nach dem Tod des Versicherten für Alle zu**
1832 **erreichen.**

1833
1834 11) **Wir fordern eine Erwerbstätigenversicherung für Alle, in der**
1835 **die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler,**
1836 **Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.**

1837
1838 Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung fordern
1839 wir die Einführung einer Versicherungspflicht für alle Selbständigen und vor
1840 allem der Soloselbständigen. Damit werden wir der steigenden Zahl der
1841 Altersarmut entgegenwirken.

1842
1843 12) **Finanzierung – Wir fordern deshalb:**
1844 - den Aufbau eines Demographie-Fonds, wie ihn auch der DGB
1845 vorgeschlagen hat. Deshalb muss auf Beitragssenkungen verzichtet
1846 werden.

1847

- 1848 - Die Beitragssätze werden kontinuierlich und maßvoll erhöht
1849 und in den Fond eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur
1850 Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen
1851 Rentenversicherung eingesetzt.
1852
1853 - Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der
1854 Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss
1855 dementsprechend entfallen.
1856
1857 - Bei dem gewollten früheren Erreichen der z.Zt. festgelegten
1858 Beitragsobergrenze von 22% ist zu prüfen, ob die dann erreichte
1859 Rücklage ausreicht, um die Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder
1860 ob die Regelung einer maßvollen Erhöhung der Beiträge bis zu einem
1861 für die Arbeitnehmer noch tragfähigeren Beitragssatz fortgesetzt
1862 werden muss.
1863

1864 13) Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen

1865 Wir fordern:

- 1866 - Der Grundsatz – Versicherungsfremde Leistungen werden aus
1867 Steuermitteln finanziert – hat volle Gültigkeit.
1868 - Die Aufwendungen – z.B. für die „Mütterrente“ oder der
1869 Grundsicherung für Selbständige ohne Altersabsicherung –
1870 müssen in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden.
1871

1872 **Fazit:**

1873 Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunftssicheres Alterssicherungs-
1874 system, das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für Alle bietet. Es
1875 schafft Sicherheit für die Planung der Jüngeren. Es verringert die Angst von Frauen und
1876 Männern, nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen. Die
1877 Älteren können sicher sein, am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein und in
1878 Würde und in ausreichendem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es ist
1879 damit ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unseres Landes
1880 geschaffen.
1881